

Anne Küppers

DER SPANISCH-AMERIKANISCHE KRIEG

CGS - Discussion Paper 11
Oktober 2013



Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	S. 1
2.	Theoretische Grundlagen	S. 3
2.1.	Die Theorie des Demokratischen Friedens	S. 3
2.2.	Kritik am Demokratischen Frieden	S. 7
2.3.	Definition der Variablen	S. 8
2.3.1	Die abhängige Variable „Krieg“	S. 8
2.3.2	Die unabhängige Variable „Demokratie“	S. 9
3.	Historischer Hintergrund : Der Spanisch-Amerikanische Krieg	S. 10
4.	Der Spanisch-Amerikanische Krieg : Ein Krieg zwischen Demokratien ?	S. 12
4.1.	Der Spanisch-Amerikanische Krieg : Ein Krieg ?	S. 12
4.2.	Die USA : eine Demokratie ?	S. 12
4.3.	Spanien : eine Demokratie ?	S. 13
4.4.	Zwischenfazit	S. 14
5.	Die Aggressivität von Demokratien gegenüber Nichtdemokratien – Das Beispiel des spanisch-amerikanischen Krieges	S. 15
6.	Fazit	S. 21
7.	Literaturverzeichnis	S. 23

The Spanish-American war is one of the most contested cases of democratic peace theory. Firstly, it will be shown that the Spanish-American war is not a war between democracies. Secondly, this paper will focus on aggressive behavior of democracies vs. non-democracies: How can the Spanish-American War be explained with democratic peace theory and which motives explain US decision to intervene in Cuba and to go to war with Spain? The research is based on the concept of antinomies of democratic peace, which states that the same reasons that prevent wars between democracies can lead to wars with non-democracies. Although national interests play a role, US decision to intervene in Cuba is best explained by democratic norms and values, as well as institutional factors. However, economic interests do not play a significant role. In contrast to Peceny it is also suggested that US imperialism after the Spanish-American War can be explained with the characteristics of liberalism and in accordance with democratic peace theory.

1. Einleitung¹

Die Theorie des Demokratischen Friedens, die in ihren Ursprüngen auf Immanuel Kant zurückzuführen ist, besagt, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen. Der Spanisch-Amerikanische Krieg von 1898 ist in der Forschung einer der umstrittensten Fälle und wird von einigen Autoren (z.B. Lake 1992) als eines der wenigen Beispiele für einen Krieg zwischen Demokratien angeführt. Mark Peceny konstatiert „no case comes closer (1997: 415)“ zu einem Krieg zwischen Demokratien. Ziel der vorliegenden Arbeit ist eine umfassende Beleuchtung des Fallbeispiels des Spanisch-Amerikanischen Krieges unter dem Gesichtspunkt des Demokratischen Friedens. Zunächst soll gezeigt werden, dass der Spanisch-Amerikanische Krieg kein Krieg unter Demokratien war. Stattdessen handelt es sich um einen Krieg zwischen einer Demokratie (USA) und einer Nicht-Demokratie (Spanien). Die dyadische Hypothese vom demokratischen Frieden besagt, dass es unter Demokratien einen demokratischen Separatfrieden gibt, Demokratien aber gleichzeitig immer wieder Kriege gegen Nichtdemokratien führen. Der zweite zu diskutierende Aspekt befasst sich daher mit der Aggressivität von Demokratien gegenüber Nichtdemokratien. Peceny wählte in

¹ Anne Küppers obtained her Bachelor's degree in Political Science and Sociology from *Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn* in 2010. After that she completed a one-year Master's program in European Studies at Maastricht University (Netherlands) and returned to Bonn to start studying the MA program *German, European, and Global Politics* in fall 2011. For the fall term 2013/2014 Anne Küppers is studying at *Benemérita Universidad Autónoma de Puebla* (Mexico). From 2012-2013 she worked as a student assistant in the office of *Doctors Without Borders* in Bonn. Previously she completed various internships such as at the UNCCD or the German Embassy in Tokyo.

seinem viel rezipierten Aufsatz eine Kombination aus sozialkonstruktivistischem Ansatz und den Theorien von Gramsci, um die Kriegsentscheidung der USA zu erklären.

Hier soll hingegen auf den von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) entwickelten Ansatz der Antinomien vom Demokratischen Frieden aufgebaut werden. Folgende Frage wird dabei für die Analyse leitend sein:

(Wie) kann der Spanisch-Amerikanische Krieg – ein Krieg einer Demokratie (USA) gegen eine Nicht-Demokratie (Spanien) – schlüssig mit dem Ansatz der Antinomien des Demokratischen Friedens erklärt werden?

Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Motive für den Kriegseintritt der USA gelegt werden: überwiegen liberale und demokratische Werte und Normen als Grund für den Kriegseintritt oder ist eine realistische Sichtweise, bei der nationale (Sicherheits-)interessen der Grund für die Invasion auf Kuba sind, vielleicht die treffendere Erklärung?

Die Relevanz des Forschungsgegenstandes ergibt sich aus seiner zentralen Bedeutung für die Praxis. Die Theorie des Demokratischen Friedens spielt vor allem für die Außenpolitik der USA eine gewichtige Rolle und dient zuweilen als Legitimation für die vom Westen geförderte Demokratisierung (mit einem Mehr an Demokratie ist die Hoffnung auf mehr Frieden verbunden). Gerade vor dem Hintergrund der gestiegenen Zahl humanitärer Interventionen seit dem Ende des Kalten Krieges oder der Beteiligung zahlreicher Demokratien an dem präventiven Angriffskrieg der USA gegen den Irak 2003 ist dieser Aspekt mehr als aktuell.

Zunächst wird ein Überblick über die Theorie des Demokratischen Friedens, die wesentlichen Erklärungsmuster und den aktuellen Forschungsstand gegeben. Außerdem werden die Variablen „Krieg“ und „Demokratie“ definiert. Anschließend soll, zum besseren Verständnis, eine kurze historische Einführung in den Spanisch-Amerikanischen Krieg und dessen Vorgeschichte gegeben werden. Im Anschluss soll die Frage geklärt werden, ob es sich beim Spanisch-Amerikanischen Krieg um einen Krieg zwischen Demokratien handelt. Dazu wird das Fallbeispiel anhand der im ersten Kapitel herausgearbeiteten Kriterien kurz beleuchtet. Im Folgenden wird sich dem Hauptaspekt zugewandt: dem Spanisch-Amerikanischen Krieg als ein Beispiel für die Militanz von Demokratien gegenüber Nichtdemokratien und wie dieser Befund mit der Theorie des Demokratischen Friedens schlüssig erklärt werden kann.

2. Theoretische Grundlagen

Die Theorie² des Demokratischen Friedens besagt, dass Demokratien (fast) keine Kriege gegeneinander führen. Die Literatur zum Demokratischen Frieden ist mittlerweile sehr umfangreich und kaum noch zu überblicken. Einen guten Überblick über den Stand der Debatte vermittelt der Text von Anna Geis 2001. Einer der bekanntesten kritischen Texte stammt von Christopher Layne. Mit dem Fall des Spanisch-Amerikanischen Krieges unter dem Gesichtspunkt des Demokratischen Friedens setzt sich Mark Peceny ausführlich auseinander.

2.1 Die Theorie des Demokratischen Friedens

In der Theorie des Demokratischen Friedens wird zwischen einer monadischen und einer dyadischen Variante unterschieden. Die monadische Variante besagt, dass Demokratien in ihrem Außenverhalten generell friedfertiger sind als andere Staatsformen. Sie wird in der Debatte lediglich von einer Minderheit vertreten (u.a. Czempiel 1996)³. Die dyadische Variante hingegen besagt, dass Demokratien zwar untereinander friedfertig sind, sich aber gleichzeitig gegenüber Nicht-Demokratien sehr wohl kriegsbereit zeigen. Nachfolgend wird ein kurzer Überblick über die wichtigsten Erklärungsansätze (für die dyadische Variante) gegeben. Die Kausalmechanismen leiten sich dabei zum Teil aus Meta-Theorien (z.B. Konstruktivismus, Institutionalismus) ab (Vgl. Müller 2002).

Rationalistisch-utilitaristischer Erklärungsansatz:

Immanuel Kant zufolge sind Republiken (gegenüber jeglichen Staaten) friedfertiger als Nicht-Republiken, weil die Bürger in den Entscheidungsprozess involviert sind und die hohen humanitären und finanziellen Kosten des Krieges, die sie tragen müssten, scheuen:

„Wenn [...] die Bestimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, ob Krieg sein solle, oder nicht, so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst

²| Christopher Layne spricht der Theorie des Demokratischen Friedens den Rang einer Theorie ab, da die Kausalität zwischen abhängiger Variable (Krieg) und unabhängiger Variable (Demokratie) seiner Meinung nach weder bewiesen noch hinreichend erklärt sei (Vgl. Layne 1994: 5). Jack Levy hingegen erhebt den Demokratischen Frieden in den Rang eines „empirischen Gesetzes“ der Internationalen Beziehungen (Levy 1988: 662).

³| Die monadische Variante ist aber trotz zahlreicher Kritikpunkte nicht eindeutig widerlegt.

beschließen müssten [...], sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen (Kant 2008 [1795]:12f.)“

Vor dem Hintergrund zunehmender Gewaltbereitschaft von Demokratien seit Ende des Kalten Krieges, muss die Tauglichkeit der monadischen Variante allerdings stark angezweifelt werden. Zudem wird eingewandt, dass dieser Ansatz seine Wirksamkeit verfehlt, wenn die Kosten des Krieges auf eine Minderheit (z.B. Berufsarmee) abgewälzt werden können (Vgl. Müller 2002: 41f.).

Institutioneller Erklärungsansatz:

Der institutionellen Logik zur Folge gibt es in Demokratien (anders als in Autokratien) institutionelle Beschränkungen, die kriegsverhindernd wirken. Hier werden unter anderem genannt, dass demokratische Regierungen den Bürgern gegenüber verantwortlich sind und wiedergewählt werden wollen, dass politische Eliten den Wünschen einflussreicher Anti-Kriegs Gruppen oder einer Antikriegsstimmung in der Bevölkerung folgen, dass es in Demokratien nur eine schwerfällige Mobilisierung (u.a. wegen eines Systems von *checks and balances*, der Notwendigkeit zur Bildung großer *winning coalitions*, und weil die Öffentlichkeit in einem langwierigen Prozess überzeugt werden muss) gibt und dass es (aufgrund des hohen Maßes an Informationen und Transparenz) auch keine Möglichkeit eines Überraschungsschlages gibt.⁴

Ein Erklärungsansatz, der sich allein auf die institutionellen Beschränkungen innerhalb demokratisch verfasster Staaten konzentriert, ist nicht überzeugend, da er Institutionen und Normen separiert (Vgl. Risse-Kappen 1995: 498). Eine Kritik, die John M. Owen einige Jahre später wiederholt (Vgl. Owen 1999). Auch hier ergibt sich wieder das Problem, dass diese institutionellen Beschränkungen ebenfalls im Verhalten von Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien gelten müssten und nicht nur gegenüber anderen Demokratien. Losgelöst von der normativen Dimension vermag der institutionelle Erklärungsansatz also keine überzeugende Begründung für den Demokratischen Frieden zu liefern.

Normativer Erklärungsansatz:

Das normative Argument für den Demokratischen Frieden findet sich in nahezu allen Studien und besagt, dass ein wesentliches Kennzeichen von Demokratien ihre Fähigkeit zur friedlichen Konfliktbeilegung mittels Verhandlungen und Kompromissen ist. Diese Norm externalisieren Demokratien und wenden sie auch im Umgang mit anderen Demokratien an.

⁴| eine gute Übersicht findet sich bei Rosato 2003: 658f.

Allerdings können Demokratien gerade mit Bezug auf liberal-demokratische Werte Militäreinsätze erwägen, beziehungsweise rechtfertigen (Vgl. Geis/Müller/Schöring 2010: 176). In Bezug auf nicht-demokratische Staaten erfolgt die Externalisierung der Normen also nicht analog. Normative Ansätze können den Doppelbefund folglich nicht ohne eine Zusatzannahme deuten (Vgl. Geis 2001: 289). Thomas Risse stellt dazu fest, dass es in der Interaktion von Demokratien und Nicht-Demokratien respektive Demokratien untereinander etwas geben muss, das den unterschiedlichen Umgang miteinander erklärt (Vgl. Risse-Kappen 1995: 501f.).

Sozial-konstruktivistischer Erklärungsansatz:

Dem Sozialkonstruktivismus zufolge ist die Realität ein soziales Konstrukt, das heißt, dass auch die Anarchie im internationalen System ein soziales Konstrukt und daher nicht unvermeidbar ist (Vgl. Risse-Kappen 1995: 502). Demokratien identifizieren, beziehungsweise kreieren ihre Freunde und Feinde dadurch, dass sie entweder aggressive (im Falle von Nicht-Demokratien) oder friedliche (im Falle von Demokratien) Motive aus den inneren Strukturen eines Staates ableiten (Vgl. Risse-Kappen 1995: 492). Im Laufe der Zeit lernen Demokratien durch die Interaktion mit anderen Demokratien, dass sich andere Demokratien bei der Konfliktbewältigung ähnlich (friedlich) verhalten wie sie selbst und dieses Verhalten auch nach außen anwenden (Vgl. Risse-Kappen 1995: 503). Deshalb herrscht in den Beziehungen zwischen Demokratien Vertrauen und das Sicherheitsdilemma spielt so gut wie keine Rolle (Vgl. Risse-Kappen 1995: 497). In der Beziehung von Demokratien zu Nicht-Demokratien hingegen herrscht eine potentielle Bedrohungssituation und das Sicherheitsdilemma ist wirksam. Die Wahrnehmung – wie auch Owen später schlüssig erörtert – spielt dabei eine signifikante Rolle. Freundschaft und Feindschaft sind sozial konstruiert, sie entstehen im Laufe eines Lernprozesses und der Interaktion von Staaten untereinander. Es spielt also nicht so sehr eine Rolle, ob eine Nicht-Demokratie auch wirklich aggressiv ist, allein die Wahrnehmung als solches reicht schon aus.

Lisbeth Zimmermann merkt in Bezug auf Thomas Risse kritisch an: „Kriege demokratischer Staaten gegen Nicht-Demokratien [folgen] nur selten der Logik eines Sicherheitsdilemmas. Militärschläge von Demokratien sind meist sorgsam vorbereitet und gehorchen eher »humanitären« Gründen oder ausbeuterischen Interessen (Zimmermann 2009: 46)“.

Anna Geis bemängelt, dass mit dem Sicherheitsdilemma die Eingriffe „der USA in Lateinamerika oder von Frankreich, Großbritannien und der Niederlande in ihre Ex-Kolonien“ nicht zu erklären sind, da sie nicht durch ein „Bedrohtheitsgefühl“ motiviert sind (Geis 2001: 291). Zudem zeigen empirische Befunde, dass die große Mehrheit von Militäraktionen durch Demokratien in den letzten fünfzig Jahren gegen Staaten „mit unterlegenen militärischen, ökonomischen und politischen Kapazitäten“ (Geis 2001: 291) gerichtet waren.

Antinomien des Demokratischen Friedens

Im Folgenden soll ein insbesondere von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) erarbeiteter Ansatz näher erläutert werden: das Konzept der Antinomien⁵ des Demokratischen Friedens, welches die Grundlage des Analysekapitels bilden wird. Das Antinomienkonzept baut dabei auf den Annahmen des Sozialkonstruktivismus auf. Harald Müller beschreibt in seinem viel rezipierten Aufsatz *Antinomien des Demokratischen Friedens*, dass es dieselben Gründe sind, die sowohl kriegshemmend, als auch unter bestimmten Bedingungen kriegsförderlich wirken können (Müller 2002). Zu diesem Resultat gelangt auch Christopher Daase, der dabei Gründe auf drei verschiedenen Ebenen identifiziert: institutionelle, normative und politische (Vgl. Daase 2004). In institutioneller Hinsicht bieten Demokratien Gelegenheitsstrukturen an, die es sektoralen Interessen ermöglichen, ihr Interesse an einem Krieg zu verwirklichen (Vgl. Geis/Bock/Müller 2007: 77). Ein anderes Beispiel für kriegsfördernde institutionelle Strukturen sind demokratische Wahlen. Wenn vor einer anstehenden Wahl die Popularitätswerte einer Regierung niedrig sind, kann sie dies dazu verleiten, einen Krieg zu beginnen. Müller spricht hier von einem „Diversionskrieg“, mit dem Ziel die innere Unzufriedenheit auf ein äußeres Feindbild umzulenken (Vgl. Müller 2002: 61). Auch kann ein Krieg dazu dienen, von innenpolitischen Problemen abzulenken, denn die innenpolitischen Effekte von Kriegen können für demokratische Regierungen durchaus positiv sein und zwar umso mehr, je kürzer und erfolgreicher der Krieg ist und je undemokratischer der Gegner (Vgl. Daase 2004: 56). Demokratische Entscheidungsprozesse wirken zudem nicht unbedingt kriegshemmend, da sie in Notlagen teils ausgehebelt werden und die Exekutive mehr Kompetenzen erhält (Vgl. Daase 2004: 57). Auch Normen wirken in Bezug auf nicht-demokratische Staaten teilweise kriegsverstärkend.

⁵| Antinomien sind Gesetze, die sich unter bestimmten Bedingungen selbst zuwiderlaufen.

Beispiele hierfür sind militärisches Eingreifen auf der Grundlage von Menschenrechtsverletzungen oder gewaltsamer Demokratieexport (Vgl. Müller 2002: 58). Geis, Bock und Müller sprechen in diesem Zusammenhang auch von einem dem Liberalismus „eingeschriebene[n] Imperialismus“, der sich in einem Überlegenheitsgefühl demokratischer Wertevorstellungen ausdrückt (Vgl. Geis/Bock/Müller 2007: 83). Auch eine Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen kann sich durchaus kriegsfördernd auswirken, wenn beispielsweise aus Loyalität Entscheidungen mitgetragen werden, die ein Staat alleine nicht getroffen hätte (Vgl. Geis/Müller/Schöring 2010: 176). Zudem ermöglicht der Zusammenschluss in Sicherheitsgemeinschaften Demokratien eine effektivere Kriegsführung gegen sogenannte Schurkenstaaten (Vgl. Daase 2004: 67). Auch Kosten-Nutzen Kalküle verlieren langfristig zumindest ihre kriegshemmende Wirkung, da sie einen Anreiz bieten durch technischen Fortschritt die humanitären und finanziellen Kosten für Kriege zu senken (Vgl. Müller 2002: 57).

Das Konzept der Antinomien schließt jedoch nicht aus, dass machtpolitische oder ökonomische Interessen eine Rolle spielen können, vielmehr geht es darum, zu zeigen, dass es auch Gründe jenseits der klassischen nationalen Interessen – die jeder Staat besitzt – gibt (Vgl. Geis/Bock/Müller 2007: 71). Es geht darum, die demokratie- beziehungsweise liberalismus-spezifischen Gründe für die Gewaltanwendung seitens Demokratien zu untersuchen. Gerade für Länder mit relativ häufiger Kriegsbeteiligung (u.a. USA) konstatieren Geis, Müller und Schöring eine Vermischung liberaler und klassisch-realistischer Kriegsgründe (Vgl. Geis/ Müller/ Schöring 2010: 196).

2.2 Kritik am Demokratischen Frieden

Kritik am Demokratischen Frieden wird häufig seitens der (neo-)realistischen Schule der Internationalen Beziehungen geäußert. Einer der häufigsten Kritikpunkte ist, dass die Definition der Variablen so angelegt sei, dass das gewünschte Ergebnis erzielt werde (Vgl. Spiro 1994: 51). Weiterhin wird die statistische Relevanz bestritten. Die Zahl der Demokratien sei so gering, dass es nicht verwundere, dass es noch zu keinem Krieg zwischen Demokratien gekommen sei – das sei aber allein dem Zufall zu verdanken. (Vgl. Spiro 1994: 51).

Spiro kritisiert weiterhin, dass bei der extrem großen Nummer von Dyaden pro Jahr sich immer nur eine extrem geringe Zahl von Dyaden im Kriegszustand befand (Bsp: 1980: 12.090 Dyaden / 2 Dyaden führten Kriege) und es also nicht Wunder nimmt, wenn es keine Kriege zwischen Demokratien gab (Vgl. Spiro 1995: 63).

Christopher Layne stellt in einem viel beachteten Aufsatz heraus, dass sogenannte „near misses“, also Krisen, die fast zu einer kriegerischen Auseinandersetzung eskaliert wären, mit der realistischen Theorie besser zu erklären seien, als mit der Theorie vom Demokratischen Frieden (Vgl. Layne 1994). An Laynes Untersuchung ist die Auswahl der Fallbeispiele zu kritisieren, die allesamt vor 1945 und damit zu einer Zeit noch sehr imperfekter Demokratien stattfanden, sodass hier eine Eskalation eher wahrscheinlich ist.

2.3 Definition der Variablen

2.3.1. Die abhängige Variable „Krieg“

In der Forschung zum Demokratischen Frieden hat sich weitgehend die Definition von Bruce Russett durchgesetzt. Demzufolge kann von einem Krieg gesprochen werden, wenn es zur Anwendung von „large-scale institutionally organized lethal violence“ (Russett 1993: 12) kommt, wobei „large-scale“ hier (dem *war correlates project* nach) mit einer Opferzahl von 1.000 oder mehr in den Kampfhandlungen gefallenen Soldaten definiert wird (Vgl. Russett 1993: 12). Kritisiert wird häufig, dass die Zahl von 1.000 Toten relativ willkürlich gewählt ist.⁶

Ferner muss es sich um einen Staatenkrieg handeln und nicht beispielsweise um einen Bürgerkrieg oder einen asymmetrischen Krieg – wie sie Herfried Münkler in seinem Werk *Die neuen Kriege* beschreibt (Vgl. Münkler 2003). Ein asymmetrischer Krieg ist dabei ein Krieg eines Staates gegen eine soziale Gruppe (z.B. Terrororganisation, Rebellen, etc.). Nach der klassischen Drei-Elemente-Lehre von Jellinek, ist ein Staat charakterisiert durch: Staatsgewalt, Staatsgebiet, Staatsvolk. Ergänzt wird zudem häufig das Kriterium der Anerkennung durch andere Staaten.

⁶| Auch wenn dieser Punkt für das zu untersuchende Fallbeispiel keine Rolle spielt, stellt sich in Zukunft die Frage, inwieweit die Definition mit Blick auf technologische Weiterentwicklungen in der Kriegsführung (Stichwort Drohnen) noch haltbar und sinnvoll sein wird, wenn mindestens eine Seite durch die technologischen Errungenschaften deutlich weniger Todesopfer zu verzeichnen haben wird.

Zusammenfassend lässt sich Krieg charakterisieren als: „zwischenstaatlicher Gewalteinsatz, an dem reguläre Truppen mindestens zweier Staaten beteiligt sind, der von der Regierung angeordnet wurde und der mindestens tausend Tote unter den Streitkräften gefordert hat“ (Geis 2001:284), so bringt Geis die verschiedenen Bemühungen um eine Definition zusammenfassend auf den Punkt.

2.3.2. Die unabhängige Variable „Demokratie“

Um zu bestimmen, ob es sich bei einem Staat um eine Demokratie handelt, ist ein konsistentes Konzept von Demokratie, das die Grundlage der Analyse bildet, unabdingbar. In der Literatur gibt es dazu eine schier kaum noch zu überblickende Vielzahl an Demokratiedefinitionen. Unantastbarer Kern der Demokratie ist dabei stets die Herrschaft des Volkes.

Das Polyarchien-Konzept⁷ von Robert Dahl ist eins der am häufigsten rezipierten Demokratiekonzepte der Gegenwart. Regierungssysteme sind laut Dahl durch die zwei interdependenten Dimensionen Wettbewerb („public contestation“) und Partizipation („participation“) charakterisiert (Vgl. Dahl 1971: 4f). Eine Polyarchie zeichnet sich dadurch aus, dass sie „highly inclusive and extensively open to public contestation“ ist (Dahl 1971: 8). Mit Bezug auf die Analyse des Spanisch-Amerikanischen Krieges ist zu beachten, dass für die Demokratien des späten 19. Jahrhunderts wesentlich niedrigere Standards zu gelten haben als für heutige Demokratien. Problematisch ist in mehreren Analysen zum Demokratischen Frieden allerdings, dass immer von den `Standards des 19. Jahrhunderts‘ gesprochen wird, ohne diese näher zu erörtern (so beispielsweise in Peceny 1997). Eine absolute Minimaldefinition von Demokratie wäre, dass es regelmäßige, freie und faire Wahlen gibt. Hieran ist jedoch zu kritisieren, dass eine solche Demokratie schnell zu einer bloßen Elektoraldemokratie verkommt. Für dieses Minimalkriterium darf es allerdings auch im 19. Jahrhundert keine Ausnahmen geben, wenn ein Staat als Demokratie gelten soll. Ein weiterer wesentlicher Aspekt, der in einer Demokratie erfüllt sein muss ist Partizipation (in Dahls sieben Kriterien die Dimensionen aktives Wahlrecht und passives Wahlrecht).

⁷ | Der Begriff „Demokratie“ ist bei Dahl einem Idealtyp vorbehalten. Real existierende, unvollständige Demokratien werden als „Polyarchien“ bezeichnet (Vgl. Dahl 1971: 8). Eine Polyarchie muss laut Dahl folgende Kriterien erfüllen: (1) gewählte Repräsentanten; (2) regelmäßige, freie und faire Wahlen; (3) aktives Wahlrecht; (4) passives Wahlrecht; (5) Meinungsfreiheit; (6) alternative Informationsquellen; (7) Assoziationsfreiheit (Vgl. Dahl 1989: 221). In seinem erstem Werk *Polyarchy* (1971) nennt Dahl noch acht Kriterien („institutionelle Garantien“). Das zusätzliche Kriterium lautete: „Institutionen, die die Regierungspolitik von Wählerstimmen und anderen Formen der Bürgerpräferenzen abhängig machen“ (Dahl 1971: 3).

Für die heutige Zeit weisen Schmitter und Karl zu Recht darauf hin, dass ein allgemeines Wahlrecht mittlerweile in allen Demokratien Standard ist, beziehungsweise sein muss. (Vgl. Schmitter & Karl 1991: 77). Hiernach wären die Demokratien des 19. Jahrhunderts keine Demokratien, denn in den Demokratien des späten 19. Jahrhunderts durften Frauen nicht wählen, auch war das Wahlrecht häufig noch an Besitz gekoppelt, sodass lediglich ca. 10 – 50 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt waren. Hier ist in der Forschung zum Demokratischen Frieden umstritten, wie groß der Anteil der Wahlberechtigten sein muss damit ein Staat als Demokratie klassifiziert werden kann. Bei Russett beispielsweise reicht bereits ein Wert von 10 Prozent aller erwachsenen Bürger aus (Vgl. Russett 1993: 15). Bei Doyle müssen 30 Prozent aller Männer wahlberechtigt sein (Vgl. Doyle 1983: 212).

Zu den politischen Teilhaberechten gehören laut Dahl: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Informationsfreiheit und Assoziationsfreiheit. Damit es bei Wahlen einen echten Wettbewerb geben kann, müssen die Bürger die Freiheit genießen, sich politisch organisieren zu können und ihre Interessen artikulieren zu können (Vgl. Diamond & Morlino 2005: xi). Hier ist nicht davon auszugehen, dass diese Rechte im 19. Jahrhundert bereits ähnlich ausgeprägt waren, wie dies für die heutigen Demokratien gilt, doch im Ansatz sollten sie vorhanden sein.

3. Historischer Hintergrund: Der Spanisch-Amerikanische Krieg

Vorausgegangen war dem Spanisch-Amerikanischen Krieg der kubanische Unabhängigkeitskampf gegen die spanischen Kolonialherren, zu deren Kolonialreich Kuba seit dem 16. Jahrhundert zählte. Nachdem der erste Unabhängigkeitskrieg (Zehnjähriger Krieg 1868–1878) gescheitert war, kam es 1895 zu einer Wiederaufnahme des Unabhängigkeitskampfes.⁸

Dabei gingen die spanischen Kolonialherren mit äußerster Brutalität gegen die kubanischen Guerillakämpfer aber auch gegen die kubanische Zivilbevölkerung vor. Der Generalgouverneur Valeriano Weyler ordnete 1896 die Zwangsumsiedlung der ländlichen Bevölkerung (*reconcentración*) an. Diese Maßnahme sollte der Guerillabekämpfung dienen. Infolgedessen wurden rund 400.000 Kubaner in vom spanischen Militär kontrollierten Städten und Dörfern interniert.

⁸ | Für eine ausführliche Schilderung der Ereignisse ist hier nicht genügend Raum. Auf den Kriegsverlauf kann daher nicht im Einzelnen eingegangen werden. Stattdessen muss sich die Darstellung hier auf die wesentlichen Aspekte, die zu einem Verständnis der Situation 1898 nötig sind, konzentrieren. Ausführliche chronologische Überblicke über den Kriegshergang finden sich beispielsweise in: Hendrickson 2003, Barnes 2011.

Das spanische Militär brannte die Dörfer nieder und zerstörte so jegliche Lebensgrundlage. In den Städten und Dörfern lebte die vertriebene Landbevölkerung unter extrem schlechten Bedingungen: es mangelte an Unterkünften, Arbeit und Medizin. Krankheit, Unterernährung und Tod waren die Folgen, sodass schätzungsweise 240.000 Kubaner starben (Vgl. Offner 2004: 51).

In den USA sympathisierte die Mehrheit der Bevölkerung mit den kubanischen Rebellen. Der kubanische Unabhängigkeitskampf wurde mit dem amerikanischen Unabhängigkeitskampf verglichen. Auch die Brutalität der spanischen Kolonialherren bei der Bekämpfung der Aufständischen wurde in den USA vernommen und teilweise von der *Yellow Press* ausgeschlachtet. Die Haltung in der Frage, ob die USA mit ihrem Militär intervenieren sollten oder nicht, war in den USA allerdings umstritten. Gegen spanischen Protest entsandten die USA im Februar 1898 das Kriegsschiff *USS Maine* zu einem „Freundschaftsbesuch“ in den Hafen von Havanna. Am 15. Februar 1898 kam es auf dem Schiff zu einer verheerenden Explosion, bei der 268 Seeleute umkamen. Die USA beschuldigten daraufhin Spanien, einen Angriff auf die *Maine* verübt zu haben. Neuere Nachforschungen zur Explosionsursache legen nahe, dass es sich um einen Unfall gehandelt hat (Vgl. Carpenter/Thomas/Dyal 1996: 201).

Der amerikanische Präsident William McKinley, der einen Krieg immer abgelehnt hatte, bittet den Kongress unter zunehmendem öffentlichem Druck am 11. April 1898 in seiner sogenannten „war message“ um die Erlaubnis mit militärischen Mitteln in Kuba zu intervenieren, wenn alle diplomatischen Initiativen scheitern. Am 16. April wird das Teller-Amendment, das besagt, dass die USA nach einer Befreiung Kubas die Insel nicht annektieren dürften, beschlossen. Am 19. April wird im Kongress eine Resolution verabschiedet, die eine militärische Intervention auf Kuba erlaubt, allerdings zeitlich begrenzt, bis die Insel befreit und befriedet ist. Am 21. April ordnet McKinley eine Seeblockade Kubas an, woraufhin am 23. April Spanien den USA den Krieg erklärt. Am 25. April erklärt der US-Kongress Spanien den Krieg, gleichzeitig wird beschlossen als Beginn des Kriegszustandes aber den 21. April (Beginn der Seeblockade) anzusehen (Vgl. Hendrickson 2003, Barnes 2011). In der Folge des Spanisch-Amerikanischen Krieges musste Spanien nach Unterzeichnung des Friedens von Paris seine verbleibenden Kolonien – die Philippinen, Kuba und Puerto Rico aufgeben – dies bedeutete das Ende des spanischen Kolonialreiches. Gleichzeitig beschreiten die USA den Weg in den Imperialismus, indem sie sich die ehemals spanischen Kolonien Puerto Rico, Philippinen und Guam aneigneten (Vgl. Offner 1998: 22f.).

1901 verabschiedete der Kongress das Platt-Amendment, das den USA erlaubte, in die inneren Angelegenheiten Kubas zu intervenieren und somit faktisch ein amerikanisches Protektorat schuf (Vgl. Herring 2008: 325).

4. Der Spanisch-Amerikanische Krieg: ein Krieg zwischen Demokratien?

4.1. Der Spanisch-Amerikanische Krieg: ein Krieg?

Sowohl bei Spanien, als auch den USA handelte es sich um souveräne Staaten, die über die wesentlichen Merkmale eines Staates (Staatsgewalt, Staatsgebiet, Staatsvolk) verfügten. Zudem waren beiden von anderen Staaten international anerkannt. Der Krieg wurde zudem von den nationalen Regierungen beziehungsweise Parlamenten erklärt und zwischen regulären Truppen geführt. Wesentlich schwieriger ist die Frage nach der Zahl der Todesopfer zu beantworten. Hier gibt es für die USA noch annähernd zuverlässige Zahlen, während die Datenlage bezüglich der Gefallenen auf Seiten Spaniens eher spärlich ist. Anne Leland und Mari-Jana Oboroceanu ermitteln in einer Studie für den amerikanischen Kongress eine Gesamtzahl von 385 in Kampfhandlungen gefallenen („Battle deaths“) Soldaten auf amerikanischer Seite (Vgl. Leland & Oboroceanu 2010: 2). Carpenter, Thomas, Dyal (1996) ermitteln für die USA eine Zahl von 345 Gefallenen, sowie 775 auf Seiten Spaniens, was einer Gesamtzahl von 1.140 entspricht. Der Historiker Raymond Carr spricht in seinem viel rezipierten Band *Modern Spain* von insgesamt 2.129 Gefallenen (Vgl. Carr 1980: 47). Damit sind alle Kriterien für einen Krieg erfüllt.

4.2. Die USA: eine Demokratie?

Auf die Frage, ob es sich bei den USA 1898 um eine Demokratie handelte, soll nur kurz eingegangen werden, da diese Aussage in der Literatur zum Demokratischen Frieden nicht angezweifelt wird. Einordnungen wie die von Michael Doyle, der die USA schon ab 1776 als Demokratie klassifizierte (Vgl. Doyle 1986), sind jedoch insofern problematisch, als zu diesem Zeitpunkt die Sklaverei noch nicht abgeschafft war.

Mit Ende des *Civil War* und Abschaffung der Sklaverei können die USA (nach damaligen Standards) als demokratisch eingestuft werden, obschon aufgrund des fehlenden Wahlrechts für Frauen, Farbige und Ausländer nur knapp 15 Millionen Amerikaner wahlberechtigt waren. Das entspricht bei einer erwachsenen (über 20 jährigen) Bevölkerung von knapp 37,5 Millionen einem Anteil von rund 40% (Vgl. Hamilton 2006: 242). Die für eine Demokratie des 19. Jahrhunderts erforderlichen Kriterien (Russett: 10 Prozent der gesamten erwachsenen Bevölkerung, Doyle 30 Prozent der männlichen Bevölkerung) können damit als erfüllt angesehen werden.

4.3. Spanien: eine Demokratie?

Genauer unter die Lupe genommen werden muss hingegen Spanien, da es – wie bereits angesprochen – einige Autoren gibt, die Spanien im Jahr 1898 als Demokratie ansehen (u.a. Lake 1992, Peceny, 1997⁹).

Die Periode von 1875 – 1923 gilt als Restaurationsära. Ziel war die Wiederherstellung der Monarchie. Für die Jahre zuvor (1868-1875) konstatiert der Historiker Raymond Carr: „the *pronunciamento* [Militärputsch] replaced elections as a mechanism for political change (Carr 1980: 2)“. Ziel der Restaurationsära war folglich, dass ein Militärputsch nicht mehr der ‚normale‘ Weg zur Herbeiführung eines Regierungswechsels sein sollte (Bernecker 2002: 148). Folge war, dass keine echten Regierungswechsel stattfanden, da sich die beiden großen Parteien (konservative Partei und liberale Partei) aufgrund eines Paktes an der Macht abwechselten (Vgl. Bernecker 2002: 132). Um das Überleben der Monarchie zu sichern, so konstatiert Bernecker, hatten die beiden Parteien den Kampf untereinander eingestellt (Bernecker 2002: 132). Somit ersetzte der „*turno pacífico*“ das *pronunciamento* als Weg zum Regierungswechsel (Vgl. Carr 1980: 8). Hinzu kommt, dass es sich bei der liberalen und der konservativen Partei nicht um Parteien im heutigen Sinne (mit innerparteilicher Demokratie, Parteiprogrammen) sondern um „artificial constructs from above“ (Carr 1980: 9) handelte. Positiv ist allerdings zu werten, dass rund 50 Prozent der erwachsenen Bürger das Wahlrecht besaßen, nachdem 1890 das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt wurde (Vgl. Bernecker 2002: 132).

⁹| Laut Peceny kann Spanien als Demokratie angesehen werden, für den Krieg war aber entscheidend, dass sich beide nicht als Teil einer liberalen *community* wahrnahmen (Vgl. Peceny 1997).

Zentrales Element des politischen System Spaniens zu dieser Zeit war das *caciquismo* (deutsch: Kazikentum) beziehungsweise Wahlmanipulationen durch das Kazikentum¹⁰. Bei den sogenannten Kaziken handelt es sich um lokale Bosse (beispielsweise Bürgermeister oder Großgrundbesitzer, die einer der beiden großen Parteien angehörten). Aufgabe des Kaziken war es für ihre Partei eine Mehrheit zu organisieren. Jeglicher elektoraler Erfolg der nicht-dynastischen Parteien wurde somit verhindert (Vgl. Carr 1980: 11). Kaziken kontrollierten die lokale Justiz und Administration und schufen sich eine Klientel von Gefolgsleuten indem sie beispielsweise Arbeitsplätze oder Steuervorteile verschafften (Vgl. Carr 1980: 11). Der Parteienwettbewerb „took place in the negotiations before the election (Vgl. Carr 1980: 11).“ Ein weiterer Ausdruck der stattfindenden Wahlmanipulationen war, dass Wahlergebnisse häufig schon vor dem Wahltag in der Presse veröffentlicht wurden (Vgl. Carr 1980: 12). Vor allem auf dem Land funktionierte das System des Kazikentums, während sich in der Stadt die „*votos verdad*“ zeigten und oftmals auch Parteien, die in Opposition zu den beiden dynastischen Parteien standen, signifikante Stimmanteile gewinnen konnten (Vgl. Carr 1980: 12). Auf den Punkt gebracht, kann von freien und fairen Wahlen nicht gesprochen werden. Die Souveränität des Volkes wird durch den Pakt der beiden großen Parteien und das Kazikentum *ad absurdum* geführt.

Problematisch ist weiterhin, dass sich durch die Industrialisierung Spaniens ein großes Industrieproletariat herauszubilden begann, welches jedoch nicht in das politische System integriert wurde (Bernecker 2002: 133). Zwar waren Assoziations- und Organisationsfreiheit seit einigen Jahren gegeben, sodass sich Gewerkschaften und Arbeiterparteien bilden konnten (die sozialistische Arbeiterpartei PSOE etwa gründete sich 1879, 1888 die erste Gewerkschaft (Vgl. Bernecker 2002: 137). Aufgrund des Paktes der beiden großen Parteien und der Manipulationen durch den *caciquismo* hatte die PSOE aber keine reelle Chance je an die Macht zu gelangen.

4.4. Zwischenfazit

Beim Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 handelt es sich nicht um einen Krieg zwischen Demokratien, da Spanien keine Demokratie war. Spanien erfüllt zu diesem Zeitpunkt nicht die Minimalanforderungen an eine Demokratie.

¹⁰ Eine ausführliche Schilderung kann hier aufgrund des begrenzten Umfangs nicht geleistet werden, sie findet sich aber beispielsweise in Carr 1980: 11.

Im Folgenden möchte die Arbeit daher über diese simple Definitionsfrage hinausgehen und sich der Frage zuwenden, wie die Aggressivität von Demokratien (hier: USA) gegenüber Nicht-Demokratien (in diesem Fall Spanien) im Fall des Spanisch-Amerikanischen Krieges schlüssig mit der Theorie des Demokratischen Friedens erklärt werden kann.

5. Die Aggressivität von Demokratien gegenüber Nichtdemokratien - Das Beispiel des Spanisch-Amerikanischen Krieges

Der Spanisch-Amerikanische Krieg ist aus mehreren Gründen ein geeignetes Beispiel, um die Aggressivität von Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien näher zu untersuchen. So kann für den Spanisch-Amerikanischen Krieg nicht die Rechtfertigung gelten, dass Demokratien nur Verteidigungskriege führen würden, wenn sie angegriffen werden, da die Kriegserklärung von Seiten der USA ausging. Zudem ist der Spanisch-Amerikanische Krieg der erste Fall in der amerikanischen Geschichte, in dem die USA zur Verteidigung von Menschenrechten und demokratischen Werten in den Krieg zogen – eine Rechtfertigung, die sich von da an wie ein roter Faden durch die amerikanische Geschichte zieht: seit 1898 haben amerikanische Präsidenten militärische Interventionen mit der Ausbreitung von Demokratien verbunden beziehungsweise legitimiert (Vgl. Daase 2004: 62).

Vorangestellt seien der Untersuchung zum Spanisch-Amerikanischen Krieg einige allgemeine Anmerkungen: So ist zu beachten, dass sich bei der Analyse des Spanisch-Amerikanischen Krieges von 1898 die schwierige Quellenlage als hinderlich erweist: in Bezug auf Präsident McKinley bemängeln Historiker, dass „the inner minds of few public men have been so well concealed“ (Glejises 2003: 683). Auch offizielle Kongressdokumente werden als enttäuschend bewertet, denn bis auf wenige Ausnahmen seien die Protokolle von Ausschusssitzungen und Anhörungen nicht mehr erhalten (Vgl. Glejises 2003: 683). Auch Aussagen über die öffentliche Meinung sind keinesfalls so stichhaltig wie heute, da es keine Instrumente zur Ermittlung der öffentlichen Meinung wie Meinungsumfragen und Meinungsforschungsinstitute gab. Hamilton schreibt dazu, dass Aussagen über die öffentliche Meinung 1898 „based on small and erratic samples with systematic public opinion polling still several decades away (Hamilton 2006: 109)“ waren.

Grundlage der nachfolgenden Analyse ist das – bereits erörterte – Konzept der Antinomien des Demokratischen Friedens. Auf den Punkt gebracht besagt das Antinomien-Konzept, dass alle Erklärungen für die Friedfertigkeit von Demokratien unter bestimmten Bedingungen auch die gegensätzliche Richtung wirken können und die Gewaltanwendung von Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien erklären können.

Am Beispiel des Spanisch-Amerikanischen Krieges lässt sich beobachten, dass Kosten-Nutzen Kalküle keine kriegshemmende Wirkung entfalten konnten. Die Angst vor hohen Kosten eines Krieges wurde in den im Vorfeld geführten Kongressdebatten lediglich von vier Gegnern angesprochen, wobei hierbei sowohl die ökonomischen (negative Auswirkungen auf US Geschäftsinteressen, den Außenhandel sowie ein Anstieg der Schulden), als auch die humanitären Kosten genannt wurden. Senatoren wie Donelson Caffery, George Wellington und George Hoar warnten vor dem Tod tausender junger Soldaten durch spanische Kriegsschiffe oder gefährliche Krankheiten (Vgl. Gleijeses 2003: 683f.). Ähnliche Argumentationsmuster finden sich auch in der Antikriegspresse (Vgl. Gleijeses 2003: 686). Auf Seiten der Kriegsbefürworter entfalteten Kosten-Nutzen Kalküle eine kriegsbegünstigende Wirkung, da man davon ausging, die Spanier schnell besiegen zu können. Dies wurde nicht so sehr auf den Zustand der spanischen Kriegsschiffe, als vielmehr auf die Überlegenheit der amerikanischen *Navy* zurückgeführt (Vgl. Gleijeses 2003: 687, 689). Anzumerken ist jedoch, dass die USA keine Kenntnisse darüber hatten, in welchem schlechten Zustand die spanische Marine zu diesem Zeitpunkt wirklich war, sodass deren Stärke seitens amerikanischer Militärexperten überbewertet wurde (Vgl. Gleijeses 2003: 688f.). Für die Relevanz von Kosten-Nutzen Kalkülen gilt jedoch, dass sie keine unabhängige Variable darstellen, da Kriege nicht einfach geführt werden, weil ihre Kosten niedrig sind, wie Geis, Bock und Müller anmerken (Vgl. Geis/Bock/Müller 2007: 76). Von deutlich größerer Wichtigkeit sind daher die institutionellen und normativen Faktoren.

Bezüglich der institutionellen Faktoren ist zu erwähnen, dass eine „ungewöhnliche Koalition“ bestehend aus fünf Gruppen - kubanischer Junta, Presse, protestantischem Klerus, Politikern und Notablen - Lobbyarbeit für die kubanische Unabhängigkeit betrieb (Vgl. Hamilton 2006: 112). Vor allem die kubanische Junta vermochte es geschickt, die sich bietenden Gelegenheitsstrukturen auszunutzen und mit Hilfe einiger Kongressabgeordneter und der *Yellow Press* (gemeint sind die Zeitungen *Journal* und *New York World* von Hearst und Pulitzer, die sich einen Wettbewerb um die besten Stories lieferten) für eine amerikanische Intervention auf Kuba zu werben: „reporters in New York and Washington were encouraged to call each day at the Junta’s headquarters where they received gratis the ‚news‘ of the latest

developments“ (Hamilton 2006: 112). Kaum Reporter waren hingegen selbst auf Kuba um sich vor Ort ein realistisches Bild der Lage zu verschaffen. Hamilton und Gleijeses widerlegen allerdings die häufig vertretene Behauptung, dass die Presse – insbesondere die *Yellow Press* – mit ihrer Pro-Kriegs Berichterstattung die Kriegslust in der amerikanischen Bevölkerung entscheidend angefacht habe. Beide Autoren können demonstrieren, dass die Meinung über eine mögliche US Intervention in Kuba in der amerikanischen Presselandschaft gespalten war (Vgl. Hamilton 2006: 153-166, Gleijeses 2003: 687ff.). Auch darf der Einfluss von *World* und *Journal* deswegen nicht überbewertet werden, weil die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung zum Ende des 19. Jahrhunderts nicht in den großen Städten wohnte und weder *Journal*- noch *World*-Leser waren (Vgl. Hamilton 2006: 153). Hamilton zeigt anhand der Analysen verschiedener lokaler Zeitungen, dass die Presselandschaft entlang Parteilinien in ein Pro- und ein Anti-Kriegslager gespalten war. Die demokratische Presse (zu denen auch *Journal* und *World* zu zählen sind) forderte eine amerikanische Intervention, wohingegen die republikanische Presse zur Vorsicht mahnte und sich mehrheitlich gegen einen Krieg mit Spanien aussprach (Vgl. Hamilton 2006: 163). Die Ergebnisse legen nahe, dass die Hauptfaktoren für die Kriegsentscheidung im Kongress zu suchen sind. Auch dort spiegelt sich die Unterteilung in den Krieg mehrheitlich befürwortende Demokraten und skeptisch bis ablehnende Republikaner wider.

Ein wesentlicher institutioneller Faktor waren die bevorstehenden Kongresswahlen. Vor allem nach der Explosion der *Maine* nahm der Druck seitens der Öffentlichkeit spürbar zu und die republikanischen Kongressabgeordneten fürchteten, dass die Demokraten von einer weiteren Untätigkeit der Regierung (die Republikaner stellten den Präsidenten und besaßen die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses) bei den anstehenden Kongresswahlen im November profitieren würden, indem sie das Thema kubanische Unabhängigkeit zum Wahlkampfthema machen könnten. Infolgedessen begannen republikanische Kongressabgeordnete Druck auf Präsident McKinley auszuüben, der einem Krieg immer ablehnend gegenübergestanden hatte (Vgl. Offner 2004: 54). Es war die schwindende Unterstützung innerhalb seiner eigenen Partei und die Angst vor Verlusten bei der bevorstehenden Wahl, die McKinley letztlich dazu brachten einzulenken und auf einen Interventionskurs umzuschwenken. Hamilton bringt diese innenpolitischen Motive hinter dem Eingreifen der USA auf die griffige Formel „Republicans made war on Spain in order to keep control in Washington“ (Hamilton 2006: 118).

Die wohl entscheidende Rolle für die Kriegsentscheidung kommt aber den demokratischen Werten und Normen zu. Es waren nicht so sehr die tatsächlich beobachtbaren

Demokratiedefizite Spaniens (die im vorherigen Kapitel ausführlich geschildert wurden), als vielmehr die Wahrnehmung als „a cruel, backward, and decadent monarchy“ (Offner 2004: 52) und das brutale Vorgehen gegen die kubanische Zivilbevölkerung, die in den USA dazu führten, dass Spanien nicht als Teil der demokratischen Gemeinschaft angesehen wurde (Vgl. Peceny 1997: 415). Die große Bedeutung demokratischer und liberaler Normen spiegelt sich auch in den Kongressdebatten wider. So identifiziert Mark Peceny in seiner detaillierten Analyse des Spanisch-Amerikanischen Krieges drei Begründungen für ein Eingreifen der USA (Vgl. Peceny 1997: 421f.):

Erstens galt die Sympathie der Kriegsbefürworter den kubanischen Rebellen, die für Freiheit und Demokratie und gegen Unterdrückung kämpften. Es erfolgte eine Gleichsetzung mit dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gegen Großbritannien, wie beispielsweise durch William Sulzer:

“Mr. Speaker, these brave, noble, heroic Cuban patriots are fighting a battle of republicanism against monarchy; of democracy against plutocracy; home rule against the bayonet; the sovereignty of the individual against the sanctity of the king; the ballot against the throne; American liberty against foreign tyranny, and above all and beyond all they are fighting a battle for the rights of man (Congress, 1896, p. 2349, zitiert nach Peceny 1997: 421)“.

Zweitens wurde die spanische Kolonialherrschaft kritisiert und eine Pflicht zum Eingreifen der USA aus deren Funktion als Schützer liberaler Werte abgeleitet, so geschehen beispielsweise durch Senator William Allen:

„Your treatment of the Cubans for the last 50 years has been brutal and inhuman; you have shocked the moral sense of the civilized world; ... you have stifled the cries of the Cubans for liberty and have drenched every acre of their soil with the blood of innocent men, women and children and now in the spirit of our free institutions, the people of the United States, being the chief guardians and advocates of popular liberty upon this hemisphere, will require you to relax your hold upon these people and give them that freedom and right of self government that is inalienable to all people (Congress, 1896, p. 2252, zitiert nach Peceny 1997: 421f.)“

Diese Meinung spiegelte sich in der amerikanischen Bevölkerung wider, die den Krieg als “moral crusade to liberate Cuba from an autocratic Spain” (Peceny 1997: 416) sah.

Schließlich wurde die Brutalität des Krieges gegen die Rebellen und die Missachtung von Menschenrechten beklagt. Eine signifikante Funktion kam hierbei dem Redebeitrag von Senator Redfield Proctor zu. Sein Redebeitrag war ein Augenzeugenbericht von den Zuständen auf Kuba. Mit dieser Rede überzeugte Proctor auch zahlreiche Geschäftsleute, die einer US Intervention bisher ablehnend gegenübergestanden hatten, von der humanitären Notwendigkeit eines Eingreifens (Vgl. Offner 1998: 21):

„Torn from their homes, with foul earth, foul air, foul water and foul food, or none, what wonder that one-half have died and that one-quarter of the living are so diseased that they cannot be saved. [...] Little children are still walking about with arms and chests terribly emaciated, eyes swollen and abdomen bloated to three times the natural size. The physicians say these cases are hopeless [...] I could not believe that out of a population of one million six hundred thousand, 200,000 had died within these Spanish forts, practically prison walls, within a few months” (Harvard Rethorical Society n.d.).

Als sich Präsident McKinley dem wachsenden Druck und den Forderungen nach einem Eingreifen der Vereinigten Staaten auf Kuba nicht mehr entziehen konnte, war er darum bemüht, die Rolle der Zerstörung der *Maine* als einen Kriegsgrund herunterzuspielen (Vgl. Offner 2004: 57). In seinen öffentlichen Statements sprach McKinley zwar auch ökonomische Interessen an, betrachtete diese aber niemals als Rechtfertigung für einen Krieg. Stattdessen ergab sich die Legitimation für ihn aus humanitären Gründen (Vgl. Offner 2004: 61).

Unzweifelhaft ist jedoch, dass auch machtpolitische Interessen eine Rolle spielten. Wir sehen also eine Verknüpfung von traditionellen realistischen Argumenten mit liberalen Argumenten. Zur Zeit des Spanisch-Amerikanischen Krieges wurden sich die USA langsam ihrer wachsenden weltpolitischen Macht bewusst. Kuba war in vielerlei Hinsicht von Bedeutung für die USA. Erstens aufgrund seiner geographischen Lage. Zweitens hatten zahlreiche amerikanische Geschäftsleute Kapital auf Kuba investiert. Das Handelsvolumen zwischen Kuba und den USA betrug zur damaligen Zeit rund 100 Mio. Dollar und brach infolge des Unabhängigkeitskampfes um fast Zwei-Drittel ein (Vgl. Offner 2004: 51). Zudem sahen die USA Kuba als Teil ihrer Einflussphäre (Monroe-Doktrin). Mit dem Sieg über Spanien gelang es den USA zudem, Spanien aus der „neuen Welt“ zu vertreiben (Vgl. Offner 1998: 23). Solche, an nationalen Interessen orientierten Argumentationsmuster finden sich jedoch auch in der Gegenwart. Geis, Müller und Schöring stellen in ihrer Analyse der Kriege Golf-Krieg 1991, Kosovo und Irak 2003 fest, dass das Argumentationstableau der USA stärker als bei anderen Staaten von realistischen Argumenten (nationales Interesse, Sicherheit, regionale Stabilität) geprägt ist (Vgl. Geis/Müller/Schöring 2010: 190f.). Mit Blick auf die wirtschaftlichen Interessen der USA auf Kuba ist jedoch anzumerken, dass die Mehrheit der amerikanischen Geschäftsleute einen Krieg aus ökonomischen Gründen ablehnten: sie fürchteten negative Folgen für die US Wirtschaft und den Außenhandel, sowie höhere Steuern (Quelle: Hamilton 2006: 122, Offner 2004: 52). Auch die ablehnende Haltung vieler Republikaner ist vor diesem Hintergrund zu verstehen, da die Republikaner die Partei des *big business* waren.

Die detailreich illustrierten und gut recherchierten Ausführungen Hamiltons widerlegen die gängige Meinung, dass die USA den Krieg aus wirtschaftlichen Interessen führte, eine These, die beispielsweise auch von Peceny vertreten wird: „the USA als intervened to pursue its economic interests, which were considerable and direct in Cuba“ (Peceny 1997: 423).

Schwieriger hingegen ist die imperialistische Expansionspolitik nach dem Ende des Spanisch-Amerikanischen Krieges, die zur gewaltsamen Besetzung der Philippinen durch die USA führte, aus dem Blickwinkel der Theorie des Demokratischen Friedens zu erklären. In Bezug auf Kuba hatte der Kongress noch durch das sogenannte Teller-Amendment vom 20. April 1898 eine Annexion Kubas durch die USA verhindert. Das Teller-Amendment erkannte Kuba zwar nicht an, aber besagte „to leave the government and control of the island to its people“ (Library of Congress n.d.). Eine ähnliche Entscheidung durch den Kongress gab es bezüglich der Philippinen nicht. Die Ereignisse auf den Philippinen, sowie das 1901 verabschiedete Platt-Amendment, das den USA erlaubte in die inneren Angelegenheiten Kubas zu intervenieren, veranlassen Mark Peceny zu seiner sehr negativen Einschätzung, dass es sich beim Spanisch-Amerikanischen Krieg um einen „war of conquest“ (Peceny 1997: 423) handelte. Seiner Interpretation zu Folge dienten liberale bzw. demokratische Werte lediglich dazu, eine expansionistische Außenpolitik zu legitimieren. Die Sichtweise Pecenys trifft sicherlich teilweise zu, erscheint aber doch ein wenig zu negativ, denn die Behauptung, dass die USA mit ihrem Eingreifen auf Kuba von Anfang an intendierten sich die verbleibenden spanischen Kolonien einzuverleiben, lässt sich nur schwerlich aufrechterhalten. Präsident McKinley versuchte zudem bis zuletzt eine friedliche Lösung in der Kuba-Frage zu erreichen (Vgl. Offner 1998: 21). Im Nachgang des Krieges haben die USA die sich ihr bietenden Möglichkeiten wahrgenommen, um ihre Macht auszubauen. Zudem kann das Eingreifen der USA auf Kuba nicht ohne die Rolle demokratischer respektive liberaler Werte und Normen verstanden werden, die nach der eingehenden Analyse als ausschlaggebender Anlass für das amerikanische Eingreifen angesehen werden müssen. Peceny weist aber auf eine Gefahr hin, die durchaus besteht, dass humanitäre Gründe lediglich der Rechtfertigung einer expansiven und an nationalen Interessen orientierten Politik dienen. Eine mögliche Erklärung ergibt sich aus dem dem Liberalismus „eingeschriebenen Imperialismus“, den Geis, Bock und Müller in ihren Erläuterungen des Antinomien-Konzepts beschreiben. Die USA hielten ihre eigenen demokratischen Werte und Normen für so überlegen und Kubaner und Filipinos nicht für fähig zur Selbstregierung, sodass es eine logische Konsequenz war, sich die beiden Staaten einzuverleiben. Allerdings spielten bei der Entscheidung auf den Philippinen zu intervenieren auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle.

Die Philippinen wurden als das „Tor zum Osten“, als Zugang zu den Märkten Chinas angesehen (Vgl. Werning 2012). Aufschlussreich ist hier ein Zitat McKinleys, in dem besonders diese beiden Motive hervorstechen:

„In Wahrheit wollte ich die Philippinen nicht [...] Und eines Abends spät dämmerte es mir: Erstens, daß wir sie nicht an Spanien zurückgeben könnten – das wäre feige und unehrenhaft; zweitens, daß wir sie nicht Frankreich oder Deutschland – unseren Handelsrivalen im Osten – überlassen konnten; das wäre schlechter Geschäftsstil und diskreditierend; drittens, daß wir sie nicht einfach sich selbst überlassen konnten; sie waren nicht reif für die Selbstregierung, sie hätten dort bald Anarchie und eine schlimmere Mißwirtschaft gehabt, als es die spanische war; viertens, daß uns nichts übrig blieb, als die Filipinos zu erziehen, sie emporzuheben, zu zivilisieren und zu christianisieren“ (Weisberger 1964: 138f, zitiert nach Werning 2012).

6. Fazit

Wie schon Peceny konstatierte, spielten nationale Interessen der USA eine Rolle für die Kriegsentscheidung. Allein mit Sicherheits- oder Machtstreben lässt sich die Entscheidung der USA zum Eingreifen auf Kuba und damit zum Krieg gegen Spanien jedoch nicht erklären. Deutlich wird, dass die Antinomien des Demokratischen Friedens ihre kriegsfördernde Wirkung entfalten: so wirken sowohl die innenpolitischen Strukturen, als auch insbesondere die von den USA vertretenen liberal-demokratischen Werte und Normen kriegsfördernd. Der Spanisch-Amerikanische Krieg ist also ein gutes Beispiel für die die Brauchbarkeit des Antinomienansatzes.

Sowohl demokratische Institutionen, als auch demokratische Normen können ihre kriegshemmende Wirkung nur entfalten, wenn der andere Staat auch als Demokratie wahrgenommen wird. Analog versagt die kriegshemmende Wirkung demokratischer Strukturen und Normen, wenn der Gegenüber als nicht-demokratisch wahrgenommen wird. Für diesen Fall wirken, wie der Spanisch-Amerikanische Krieg von 1898 deutlich macht, Normen und Institutionen genau in die umgekehrte Richtung: demokratische Parlamente (und Öffentlichkeit) stehen einem Krieg positiv gegenüber und Normen und Werte wie Demokratie und Menschenrechte dienen zu dessen Rechtfertigung.

Mit Blick auf die Praxis erweist es sich als problematisch, wenn die Entscheidung über Krieg oder Frieden auf einer subjektiven Wahrnehmung aufbaut. Auch für den Spanisch-Amerikanischen Krieg lässt sich zeigen, dass es mehr die subjektive Wahrnehmung als Monarchie, denn die in der Realität beobachtbaren Demokratiedefizite waren, die das Bild der Amerikaner auf Spanien prägten (Vgl. Peceny 1997). Hier besteht die Gefahr, bei eigenen Bündnispartnern über demokratische Defizite hinwegzusehen und sie bei potentiellen

Gegnern besonders zu betonen (wie im Fall des Irakkriegs 2003 geschehen). Kategorien wie „*axis of evil*“, „*war on terror*“ oder „*rogue state*“, die von den USA besonders unter Präsident Bush jr., aber auch aktuell noch zur Legitimierung militärischer Interventionen genutzt wurden, können als prägnante Beispiele für die Konstruktion solcher Feindbilder angeführt werden.

Mark Peceny schreibt „the promotion of democracy was a more viable strategy for achieving hegemony over subordinate peoples than was colonial rule (Peceny 1997: 418)“, anhand dieses Zitats wird deutlich, dass die Legitimierung von Kriegen mit der Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten Anlass für Missbrauch liefern kann und nur als vorgeschobenes Argument genutzt werden kann, um eigentlich nationale Interessen durchzusetzen. Mit Blick auf die amerikanische Intervention auf Kuba ist jedoch noch einmal zu unterstreichen, dass die Sichtweise Pecenys zu negativ ist und wesentliche Punkte ignoriert: dass die wichtigsten Geschäftsleute den Krieg ablehnten und Werte und Normen im Diskurs um den Krieg die ausschlaggebende Rolle einnehmen. Natürlich ist nicht von der Hand zu weisen, dass auch nationale Interessen eine Rolle spielen, die aber, wie schon Geis, Müller und Schöring bemerken, keinen Widerspruch zur Theorie des Demokratischen Friedens darstellen.

7. Literaturverzeichnis

- BARNES, Marc R. (2011): *The Spanish-American War and Philippine Insurrection, 1898-1902*, New York.
- BERNECKER, Walther L. (2002): *Spanische Geschichte. Von der Reconquista bis heute*, Darmstadt.
- CARPENTER, Brian B. / THOMAS, Mark A. / DYAL, Donald H. (1996): *Historical Dictionary of the Spanish American War*, Westport.
- CARR, Raymond (1980): *Modern Spain 1875-1980*, Oxford et al.
- CZEMPIEL, Ernst-Otto (1996): Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 3, Nr. 1, S. 79-101.
- DAASE, Christopher (2004): Demokratischer Frieden – Demokratischer Krieg: Drei Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien, in: Schweitzer, Christina / Aust, Björn / Schlotter, Peter [Hrsg.]: *Demokratien im Krieg*, Baden-Baden.
- DAHL, Robert (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven.
- DIAMOND, Larry & MORLINO, Leonardo (2005): *Assessing the Quality of Democracy*, Baltimore.
- DOYLE, Michael W. (1983): Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs, in: *Philosophy and Public Affairs*, Jg. 12, Nr. 3, S. 205-235.
- DOYLE, Michael W. (1986): Liberalism and World Politics, in: *The American Political Science Review*, Jg. 80, Nr. 4, S. 1151-1169.
- GEIS, Anna (2001): Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den „demokratischen Frieden“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 42, Nr. 2, S. 282-298.
- GEIS, Anna / BOCK, Lothar / MÜLLER, Harald (2007): Demokratische Kriege als Antinomien des Demokratischen Friedens: Eine komplementäre Forschungsagenda, in: Geis, Anna / Müller, Harald / Wagner, Wolfgang [Hrsg.]: *Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik*, S. 69-92.
- GEIS, Anna / MÜLLER, Harald / SCHÖRING, Niklas (2010): Liberale Demokratien im Krieg, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 17, Nr. 2, S. 171-202.
- GLEJESES, Piero (2003): 1898: The Opposition to the Spanish-American War, in: *Journal of Latin American Studies*, Jg. 35, Nr. 4, S. 681-719.
- HAMILTON, Richard F. (2006): *President McKinley, War and Empire Volume 1. President McKinley and the Coming of War, 1898*, New Brunswick.
- HARVARD RETHORICAL SOCIETY (n.d.): Senator Redfield Proctor "When will the need for this help end?" The United States Senate, March 17, 1898, in: <http://www.hcs.harvard.edu/~rhetoric/proctor.htm> (17.09.2013).
- HENDRICKSON, Kenneth E. Jr. (2003): *The Spanish-American War*, Westport.
- HERRING, George C. (2008): *From Colony to Superpower. U.S. Foreign Relations since 1776*, New York.
- KANT, Immanuel (2008) [1795]: *Zum Ewigen Frieden*, Stuttgart.

- LAKE, David A. (1992): Powerful Pacifists: Democratic States at War, in: American Political Science Review, Jg. 86, Nr. 1, S. 24-37.
- LAYNE, Christopher (1994): Kant or Cant: The Myth of the Democratic Peace, in: International Security, Jg. 19, Nr. 2, 5-49.
- LELAND, Anne & OBOROCEANU, Mari-Jana (2010): American War and Military Operations Casualties: Lists and Statistics, Congressional Research Service.
- LIBRARY OF CONGRESS (n.d.): Teller and Platt Amendments, in: <http://www.loc.gov/rr/hispanic/1898/teller.html> (17.09.2013).
- MÜLLER, Harald (2002): Antinomien des demokratischen Friedens, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 43, Nr. 1, S 46-81.
- MÜNKLER, Herfried (2003): Die neuen Kriege, Bonn.
- OFFNER, John L. (1998): Why Did the United States Fight Spain in 1898?, in: Magazine of History, Jg. 12, Nr. 3, S.. 19-23.
- OFFNER, John L. (2004): McKinley and the Spanish-American War, in: Presidential Studies Quarterly, Jg. 34, Nr. 1, S. 50-61.
- OWEN, John M. (1999): How Liberalism Produces Democratic Peace, in: Brown, Michael E.; Lynn-Jones, Sean M.; and Miller, Steven E. [Hrsg.]: Debating the Democratic Peace, Cambridge, S. 116-164.
- PECENY, Mark (1997): A Constructivist Interpretation of the Liberal Peace: The Ambiguous Case of the Spanish-American War, in: Journal of Peace Research, Jg. 34, Nr. 4, S. 415-430.
- RISSE-KAPPEN, Thomas (1995): Democratic Peace -- Warlike Democracies? : A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: European Journal of International Relations Jg. 1, Nr. 4, S. 491-517.
- RUSSETT, Bruce (1993): Grasping the Democratic Peace. Principles for a post-cold war world, Princeton.
- SCHMITTER, Philippe C. & KARL, Terry Linn (1991): What Democracy Is ... and Is Not, in: Journal of Democracy, Jg. 2, Heft 3(1991), S. 75-88.
- SPIRO, David E. (1994): The Insignificance of the Liberal Peace, in: International Security, Jg. 19, Nr. 2, S. 50 – 86.
- WERNING, Rainer (2012): Das Tor zum Osten. 4. Juli 1902: Vor 110 Jahren endete der Amerikanisch-Philippinische Krieg, 07. Juli 2012, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Philippinen/gesch.html> (17.09.2013).
- ZIMMERMANN, Lisbeth (2009): Wann beginnt der (Demokratische) Frieden?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Jg. 16, Nr. 1, S. 39-73.

